

**Agenda 2030 –
Unsere Vision
für Hessens
Zukunft.**

Die nächste Stufe Hessen.

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

Inhaltsverzeichnis

Hessen Agenda 2030	S. 03
Groß und stark werden in Hessen	S. 04
1. Mehr Qualität für die frühkindliche Bildung und beziehungsvolle Betreuung	S. 04
2. Eine moderne Schule schaffen	S. 04
3. Digitale Kompetenzen vermitteln	S. 04
4. Berufliche Bildung als Talentschmiede fördern	S. 05
5. Innovative Hochschulen schaffen	S. 05
Innovativ und kreativ wirtschaften in Hessen	S. 05
1. Weniger Bürokratie	S. 05
2. Start-up Hessen! Gründer stärken	S. 06
3. Den Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft stärken	S. 06
4. Industriestandort Hessen	S. 06
Mobil leben in Hessen	S. 07
1. Funktionierende Infrastruktur für Stadt und Land	S. 07
2. Digitale Infrastruktur stärken	S. 07
3. Wohnungsbaubremsen lösen	S. 07
4. Den ländlichen Raum stärken	S. 08
Modern leben in Hessen	S. 08
1. Verwaltung digitalisieren	S. 08
2. Demokratie lebhafter gestalten	S. 08
3. Das Ehrenamt stärken	S. 09
Frei und sicher leben in Hessen	S. 09
1. Für einen starken Rechtsstaat	S. 09
2. Das Recht durchsetzen	S. 09
3. Die Polizei modern aufstellen	S. 10
4. Eine effiziente Sicherheitsarchitektur schaffen	S. 10

Hessen Agenda 2030

Die nächste Stufe Hessen.

Der erste Blick: Hessen ist eine der attraktivsten Regionen Europas: landschaftlich, kulturell und ökonomisch. Wir haben eine vielfältige Hochschullandschaft, innovative Unternehmen und fleißige Menschen. Gemeinsam haben wir viel erreicht.

Doch der Schein trügt. Hessen zehrt von den Erfolgen der Vergangenheit.

Das Wachstum des Landes lag im Mittel der letzten fünf Jahre hinter dem Bundesschnitt. In den einschlägigen Bildungsrankings befindet sich Hessen ebenfalls eher auf hinteren Rängen. Bei der Digitalisierung haben uns das Baltikum, Rumänien und Bulgarien längst überholt. Die Straßen Hessens sind marode. Die Steuerquote ist unter Schwarz-Grün im Vergleich zu anderen Flächenländern gestiegen.

Das Geld fließt aber nicht in Investitionen. Im Gegenteil: Pro Kopf sind die öffentlichen Investitionen zurückgegangen. Hessen liegt in der Mitte Europas. Aber Mittelmäßigkeit kann nicht unser Anspruch sein.

Die Welt verändert sich. Europa verändert sich. Hessen verändert sich. Doch die Landesregierung sieht die

Alarmsignale nicht und verändert nichts. Sie gefällt sich selbst und betreibt Gefälligkeitspolitik: Anstatt etwa in die Qualität von Erziehung und Mobilität zu investieren, verteilt sie gefühlte Wohltaten: kostenlose Kita-Plätze und Freifahrtickets für den öffentlichen Nahverkehr.

Die Landesregierung beschäftigt sich mit Wohlfühldebatten – nicht mit dem Wohl der Menschen. Hessen ist ein starkes Land, es wird aber mittelmäßig regiert.

Wir wollen die nächste Stufe Hessen erklimmen. Wir wollen Hessen wieder Spitze machen. Dazu braucht es eine Partei, die den Einzelnen groß macht und nicht den Staat – das wollen wir Freie Demokraten sein. Dazu braucht es einen Wegweiser, der das Land voranbringt, über die nächsten Wahlen hinausdenkt und die nächsten Generationen im Blick hat. Eine Hessen Agenda 2030.

Groß und stark werden in Hessen.

2030 soll Hessen die führende Bildungsregion in Deutschland und als „Land der Bildung“ anerkannt sein. Unsere Kinder sollen alles werden können – außer dumm. In einer Welt des kontinuierlichen Wandels heißt weltbeste Bildung vor allem: Früh anfangen und nie wieder aufhören. Was in der Kindheit beginnt, muss im Erwachsenenalter fortgeführt werden.

Mit diesen Initiativen erreichen wir die nächste Stufe Hessen:

1. Mehr Qualität für die frühkindliche Bildung und beziehungsvolle Betreuung

Jedes Kind verdient die besten Startchancen, und zwar unabhängig vom Elternhaus. Jedes Kind ist ein Talent. Um diese Talente nach ihrer Begabung zu hegen und zu pflegen, setzen wir auf ein ebenso vielfältiges Schulsystem und individuelle Förderung. Die Kinder sollen mit ihren Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen und der Erfahrungsschatz der Eltern mit einbezogen werden.

Allein im Krippen-Bereich fehlen derzeit mindestens 23 000 Betreuungsplätze, im Kindergarten-Bereich weitere 10 000. Noch immer fehlen bedarfsgerechte und flexible Angebote, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer leeren Phrase wird. Die notwendige Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten ist einer halbherzigen Gebührenfreistellung zum Opfer gefallen. Dem großen Mangel an pädagogischen Fachkräften – sowohl bei Kindertagesstätten wie auch in Schulen – wird nichts entgegengesetzt.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir fordern, dass vorrangig in die beziehungsvolle Betreuung und frühkindliche Bildung investiert wird. Es müssen zusätzliche Plätze geschaffen werden, denn Eltern sollen entscheiden können, wo und in welchem Umfang ihr Kind am besten betreut wird.

Wir benötigen auch qualitative Verbesserungen, denn die Erzieherinnen und Erzieher brauchen die Zeit für die Kinder, für die individuelle Begleitung und Unterstützung, alltagsintegrierte Sprachförderung und kindgerechte Vorbereitung auf die Schule. Dies geht nur mit mehr Personal in den Einrichtungen.

Dafür benötigen die Frauen und Männer eine hervorragende Ausbildung, eine gute und angemessene Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung der Eltern sowie der Gesellschaft für ihre Kompetenz und Fachlichkeit. Als konkrete Maßnahmen, um den Erzieherberuf attraktiver zu gestalten und mehr Männer in diesen zu integrieren, fordern wir eine angemessene Umgestaltung der Ausbildungskosten sowie eine Erhöhung des Einstiegsgehaltes.

2. Eine moderne Schule schaffen

Jedes Kind verdient exzellenten Unterricht, und zwar egal, wo es wohnt und auf welche Schule es geht. Qualität für unsere Kinder kann nur mit bedarfsgerecht qualifiziertem Personal in modernen und eigenverantwortlichen Schulen gewährleistet werden.

Lehrermangel und Unterrichtsausfall bestimmen den Alltag an den hessischen Schulen. Während das Kultusministerium offenbar mit der Datenerhebung überfordert ist, liefert die Landes-schülervertretung Fakten: Demnach fielen allein am 11. April 2018 an rund 100 weiterführenden Schulen insgesamt mehr als 1 600 Stunden aus. Für die Bewältigung von Verschiedenheit, Inklusion und Integration wie auch für den Ausbau der Ganztagesangebote fehlen neben Lehrern insbesondere spezifische Fachkräfte.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir fordern für alle Schulen wieder eine mindestens 105-prozentige Lehrerversorgung, um jedes Kind individuell fördern zu können. Außerdem ist es wichtig, dass sich Lehrkräfte um Schülerinnen und Schüler kümmern und nicht von Bürokratie aufgefressen werden. Wir möchten Lehrern pädagogische Fachkräfte an die Seite stellen, die sie dabei unterstützen, die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen.

Wir wollen, dass die Schulen in Zukunft wieder die Chance erhalten, in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht und zum Umfeld der Schule passt. Sie sollen selbst entscheiden können, wie die Ressourcen verwendet werden und welche Lehrkraft, sonstiges Personal, aber auch Verwaltungskraft ins Team passt. Sie sollen ihr eigenes Profil entwickeln und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

3. Digitale Kompetenzen vermitteln

Digitale Bildung ist eine Chance, die über die Zukunft unseres Landes mitentscheiden wird. Kinder und Jugendliche benötigen das notwendige Rüstzeug, um sich dieser Herausforderung stellen zu können.

Die Digitalisierung erfordert eine intensive Beschäftigung mit neuen Technologien und deren Grundlagen. Leider ist das aktuelle Schulsystem auf die Zukunft der digitalen Welt nur mangelhaft vorbereitet. Es fehlt die technische Infrastruktur an den Schulen, sodass auf neue Entwicklungen viel zu zögerlich reagiert wird. Die Qualifizierung der Lehrkräfte und die Weiterentwicklung von Lehr- und Lernmethoden bleiben noch immer auf der Strecke.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir müssen alle hessischen Bildungseinrichtungen mit modernster Technologie ausstatten und die Einrichtungen untereinander sowie mit der Außenwelt vernetzen. Hierzu zählt auch eine flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit WLAN und einer angemessenen schnellen Internetverbindung. Allein dafür müssen 50 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Digitale Bildung bedeutet nicht die Bedienkompetenz, die viele Schülerinnen und Schüler schon mitbringen. Sie beinhaltet „Digitale Fähigkeiten“ und „Medienkompetenz“. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine Anpassung der Lehrerausbildung und

der Lehrpläne, sodass bewährte, analoge Formate durch digitale Lehr- und Lernmethoden ergänzt werden.

4. Berufliche Bildung als Talentschmiede fördern **Die duale Berufsausbildung ist die Talentschmiede und Voraussetzung für Innovation und unseren Wohlstand. Die frühzeitige Vernetzung von Schule und Praxiserfahrung und die gute Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft sind Voraussetzung dafür, dass junge Menschen eine berufliche Zukunft und die Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter haben.**

Die Chancen für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich spürbar, wenn dual ausgebildet wird. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie muss sich jedoch angesichts neuer Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den damit verbundenen Fachkräftemangel sowie durch die Digitalisierung und die damit einhergehende Veränderung der Berufsbilder entsprechend anpassen.

Unsere zentralen Forderungen:

Die beruflichen Schulen müssen mehr Freiheiten und die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um die besten Konzepte vor Ort auch realisieren zu können. Sie benötigen einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung, der ihrer hohen Vielfalt gerecht wird.

Wir wollen, dass die Angebote für Jugendliche, die noch nicht die Anforderungen zur Aufnahme einer Ausbildung erfüllen oder keinen Ausbildungsplatz finden, an beruflichen Schulen weiterentwickelt werden. Zudem ist das Übergangssystem noch immer reformbedürftig, denn es geht um die Ausschöpfung aller Potenziale.

Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist die Voraussetzung für die persönliche Entfaltung. Weiterqualifizierung muss auch im Bereich der dualen Berufsausbildung verstärkt werden, denn sie erhöht die Attraktivität dieses Bildungsweges.

5. Innovative Hochschulen schaffen **Hessen soll das Innovationland Nummer eins in Deutschland und eine führende Wissensregion in Europa werden. Das geht nur mit einer exzellenten Hochschullandschaft.**

Hochschulen fehlen heute eine angemessene Grundfinanzierung und Gestaltungsfreiräume. Die Betreuungsrelationen sind vergleichsweise schlecht. Die Hochschulen vermissen eine tragfähige Zukunftsvision für den Wissenschaftsstandort. Dadurch hat Hessen einen deutlichen Wettbewerbsnachteil bei der Suche nach den besten Köpfen in Lehre und Forschung.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir stehen zum Hessischen Hochschulpakt und wollen diesen fortführen. Mehr Autonomie, bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche, auskömmliche Finanzierung sind Voraussetzungen, damit Hessen für Studierende, für Spitzenforscher und akademische Lehrer aus der ganzen Welt an Attraktivität gewinnt.

Diese erfordert aber auch ein Umdenken in der Organisation. So sollen sich Studienangebote an den Lebenswirklichkeiten orientieren und verstärkt Teilzeitstudiengänge, berufs begleitende Studiengänge oder Fernstudiengänge beinhalten. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und web-basierte Angebote bereitstellen.

Innovativ und kreativ wirtschaften in Hessen.

Für ein großes Bundesland im Herzen Europas können Mittelmaß und Stillstand niemals genug sein. 2030 ist die InnovationsRegion Hessen wieder Wirtschaftswachstumsländ Nummer eins. Dafür sorgt eine kluge Mischung aus klassischer Industrie und modernem Pioniergeist, aus Tradition und Fortschritt, aus Bembel und Blockchain.

Mit diesen Initiativen erreichen wir die nächste Stufe Hessen:

1. Weniger Bürokratie

Zu viel Bürokratie lähmt Menschen und Unternehmen – und schadet damit mehr als sie nützt. Dieses Prinzip muss umgekehrt werden: So viel Bürokratie wie unbedingt nötig, aber gleichzeitig so wenig wie möglich. Das gilt für Freiberufler, Unternehmensgründer oder etablierte Unternehmen gleichermaßen.

Hessen lebt unter der derzeitigen Landesregierung zu sehr aus der Substanz. Das Mantra der derzeitigen Wirtschaftspolitik im Land scheint zu sein: „Es reicht, was da ist, und es wird schon alles so bleiben.“ Große, etablierte Unternehmen leiden zwar auch unter Überbürokratisierung, können damit allerdings deutlich besser umgehen als junge oder mittelständische Unternehmen.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir Freie Demokraten stehen für eine umfassende Entbürokratisierung, von der Unternehmensgründung bis hin zum Tagesgeschäft. Die „Gründung in drei Tagen“ wird mit uns zum Regelfall. Darüber hinaus wollen wir das hessische Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestalten und bürokratische Hemmnisse beseitigen. Dadurch werden nicht nur bei den Unternehmen Aufwand und Bürokratie vermieden, sondern auch bei der öffentlichen Hand.

Wir wollen die Verknüpfung des Einzel- und Onlinehandels flankieren. Wir liberalisieren die Sonntagsöffnungsregelungen für den Einzelhandel, indem wir vier verkaufsoffene Sonntage ohne Anlassbezug rechtssicher ermöglichen. So machen wir

den Einzelhandel wettbewerbsfähiger mit dem Online-Handel und wollen damit Angebote vor Ort erhalten.

Ob Carpooling oder Apartmentvermietung. Wir erkennen den Trend zur Sharing Economy und wollen ihn nicht totregulieren. In Hessens Unternehmen und Verwaltungen etablieren wir darüber hinaus eine flexible Arbeitskultur, die Freiräume für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft.

2. Start-up Hessen! Gründer stärken

Unternehmensgründer müssen sich vom ersten Tag an auf das Unternehmen und nicht auf die Gründung konzentrieren können. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass aus Gründern erfolgreiche Unternehmer werden, die Innovation entwickeln, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

Mit dem internationalen Finanzplatz Frankfurt, dem Flughafen, dem weltweit leistungsfähigsten Internetknoten und einem in der Fläche starken Mittelstand verfügt Hessen im europäischen Vergleich über besondere Standortvorteile. Bisher gehört Hessen trotzdem nicht zu den führenden Start-up-Regionen, ganz im Gegenteil. Laut Start-up-Barometer fließen nach Berlin zwanzigmal mehr Investitionen als nach Hessen. Unser Land droht abgehängt zu werden.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir wollen mit einer „Gründerallianz für Hessen“ unser Land europaweit führend bei Gründungen machen. Universitäten sollen die erste Adresse in der Forschung werden und Hessen zu einem der größten Forschungs- und Technologie-Hubs der Welt. Mit einer eigenständigen Investitionsförderung, bei der man den doppelten Betrag der Investitionen steuerlich geltend machen kann, kurbeln wir Forschung und Entwicklung an.

Spannende Neugründungen entstehen oft rund um Forschungseinrichtungen. Viele Studenten, Absolventen und Mitarbeiter haben förderungswürdige Ideen, bringen viel Know-how und eine gute Vernetzung mit. Diesen soll durch ein Hessen-Gründerstipendium die Möglichkeit geboten werden, ihre Potenziale leichter umzusetzen.

Wir fordern eine nachhaltige Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Gründer durch eine Bereitstellung von Venture-Capital (Wagniskapital) ebenso wie eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für private Wagniskapitalinvestitionen und Crowdfunding. Für Wertpapiere, die noch nicht an einer Börse sind, wollen wir die Möglichkeit schaffen, diese über die Blockchain-Technologie zu handeln.

Die Voraussetzung für eine große Zahl interessanter Unternehmensgründungen sind eine Gründerkultur und ein Ökosystem an jungen Unternehmen, die sich gegenseitig befruchten. Die Basis dafür muss bereits in der Schule gelegt werden.

3. Den Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft stärken

Der Mittelstand muss dauerhaft auf die flächendeckende Verfügbarkeit gut ausgebildeter Fachkräfte vertrauen können. Und zwar an jedem Ort in Hessen.

Wir sehen mit Sorge, dass die Zahl der hessischen Handwerksbetriebe, trotz guter Konjunkturlage, rückläufig ist. Auch die Zahl klassischer Gründungen und Betriebsübergaben geht

zurück. Vor allem in ländlichen Regionen können dadurch dauerhaft strukturelle Nachteile entstehen. Derzeit gibt es keine landesweite Strategie zum Umgang mit dieser Tendenz. Das ist fatal für die Entwicklung des ländlichen Raums und zwingt im schlimmsten Fall die Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen und der Arbeit hinterher zu ziehen.

Unsere zentralen Forderungen:

Um innovative Entwicklungen auch außerhalb der Ballungsräume zu unterstützen, wollen wir regionale Center of Innovation als Leuchttürme der Digitalisierung etablieren. Die Center sollen drei Säulen vereinen: die Förderung von Gründern und Spin-offs aus dem Umfeld von Hochschulen, die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Umsetzung digitaler Prozesse und Technologien und die Integration digitaler Themen in die berufsorientierte Aus- und Weiterbildung.

Dazu fordern wir eine „Digitalisierungsoffensive Handwerk und Mittelstand“ zu der die Förderung von Fortbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen gehört. Ziel ist es, besonders kleinen und mittleren Betrieben eine leichtere Finanzierung von digitalen Weiterbildungsmaßnahmen oder die Anschaffung von Sicherheitssoftware zu ermöglichen.

Viele erfolgreiche Unternehmer werden in den kommenden Jahren altersbedingt ihre Betriebe aufgeben. Um einen erfolgreichen Betriebsübergang sicherzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Perspektiven zu geben, wollen wir dafür spezielle Förderprogramme auflegen.

4. Industriestandort Hessen

Um Hessen zum innovativsten Industriestandort zu entwickeln, soll nicht nur die „House of“-Strategie ausgebaut, sondern auch durch die Gründung eines „House of Production“ erweitert werden. Durch bezahlbaren Strom muss die Wettbewerbsfähigkeit der in Hessen ansässigen Unternehmen gewährleistet werden.

Hessen hat Strukturen, um die uns viele beneiden. Als starker Industriestandort sind wir gut durch die Finanzkrise gekommen. Aber der Konkurrenzkampf ist hart. Die Standortschließungen gerade im Chemie- und Pharmabereich zeigen: Die Position Hessens muss immer wieder erkämpft werden.

Unsere zentralen Forderungen:

Die erfolgreiche Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in der „House of“-Strategie muss weitergeführt werden. Viele andere Bundesländer beneiden uns darum. Unser Ziel ist es, Hessen zum innovativsten Industriestandort Europas zu machen. Deshalb soll die „House of“-Strategie des Landes Hessen ausgebaut und durch die Gründung eines „House of Production“ erweitert werden. Hier sollen Wirtschaft und Wissenschaft unter einem Dach branchenübergreifend an der Entwicklung produktionsbezogener digitaler Technologien arbeiten. Dabei geht es um die Entwicklung praxisbezogener Lösungen auf dem Weg zur intelligenten Fabrik.

Wir wollen außerdem unseren Beitrag zu stabilen Strompreisen leisten, damit auch energieintensive Industrieunternehmen am Standort bleiben. Die Stromkosten haben sich seit dem Jahr 2000 nicht nur im Bereich der Industrie fast verdreifacht,

sondern auch für private Haushalte verdoppelt. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Abschaffung des planwirtschaftlichen EEGs und setzen auf den freien Wettbewerb aller Energieerzeugungsformen, um Energieversorgungssicherheit und bezahlbaren Strom für Hessen zu gewährleisten.

Mobil leben in Hessen.

2030 haben wir in Hessen eine der modernsten Verkehrsinfrastrukturen in Europa, die auch den ländlichen Raum eng an die Ballungsräume anbindet. Bewährte und neue Verkehrssysteme wie das Auto, die Bahn, der ÖPNV und das Rad oder Carsharing-Angebote sind miteinander über digitale Plattformen vernetzt und steuern so reibungslos Verkehrsströme. Wohnen, Arbeiten und Verkehr werden zusammen gedacht und geplant, egal ob im Ballungsraum oder im ländlichen Raum.

Mit diesen Initiativen erreichen wir die nächste Stufe Hessen:

1. Funktionierende Infrastruktur für Stadt und Land
Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ermöglicht den Menschen größtmögliche individuelle Freiheit bei geringem Aufwand an Kosten und Zeit. Und zwar immer und überall.

In Hessen haben alle Verkehrsträger große Kapazitätsengpässe und einen hohen Instandhaltungssau. Inzwischen sind 45 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Alleine 2016 verschenkte Hessen 30 Mio. Euro, weil Bundesmittel nicht abgerufen wurden. Und es wird nicht besser. Derzeit weigert sich die Regierung, 40 Prozent der dringendsten Bundesstraßenprojekte überhaupt zu planen und verzichtet damit auf 2,3 Milliarden Euro Investitionen durch den Bund.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir Freie Demokraten fordern, in einem Kraftakt die öffentlichen Verkehre landesweit zu stärken, sie gleichzeitig metropolenfähig zu machen und durch neue Verbindungen auch den ländlichen Raum enger anzubinden.

Mit uns fließen in Zukunft jedes Jahr mindestens die zur Substanzerhaltung notwendigen 188 Mio. Euro in den Landesstraßenbau. Zur dauerhaften Entlastung der Straßen müssen vor allem rund um den Verkehrsknotenpunkt Frankfurt die diskutierten Schienengroßprojekte endlich umgesetzt werden. Dazu schaffen wir eine Ringverbindung um Frankfurt und eine sternförmige Anbindung des Umlandes.

Die wirtschaftliche Entwicklung am Frankfurter Flughafen darf durch die Landesplanung nicht behindert werden. Der Flughafen Kassel muss endlich an das überregionale Autobahnnetz angeschlossen werden.

2. Digitale Infrastruktur stärken
Moderne Mobilitätskonzepte benötigen vielfältigste Informationen, zu jeder Zeit und an jedem Ort. Eine leistungsfähige

digitale Infrastruktur stellt sicher, Lebenszeit zu gewinnen und die Verkehrsströme sicher und wirtschaftlich zu machen.

Die Staulänge in Hessen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Landesregierung versäumt die Möglichkeiten der Verkehrssteuerung durch Telematiksysteme. 2 500 fehlende Lkw-Stellplätze in Hessen entwickeln sich zu einem Sicherheitsproblem auf den Rastplätzen. Trotz eines bestehenden privat finanzierten Pilotprojektes zur besseren digitalen Steuerung der Lkws verschläft die Landesregierung auch die Lösung dieses Problems.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir fordern die schnelle Verfügbarkeit modernster Mobilfunknetze der nächsten Generation (5G) – flächendeckend und ohne Funklöcher. Nur so können die Verkehrsströme flexibel und intelligent gesteuert werden.

Hessen wollen wir zur europaweit führenden Pilotregion für autonomes Fahren machen. Dies soll Hand in Hand mit anderen innovativen Verkehrskonzepten wie Mikrobussen im ländlichen Raum, Car-Sharing und E-Mobilität-Konzepten gehen. Freies WLAN macht den ÖPNV noch attraktiver.

Digitale Plattformen sollen flächendeckend und verkehrsübergreifend Anschlüsse, Verbindungen und Wege optimieren. Eine beschleunigte, digitalisierte Verkehrsplanung schafft für diese Projekte die notwendigen Rahmenbedingungen.

Wir Freie Demokraten machen die Logistik durch innovative Konzepte wie die Paketzustellung durch Drohnen, moderne und verknüpfte Verkehrssysteme und spannende Logistik-Start-ups zu einer Schlüsselbranche in unserem Land und Hessen so zu einem der europaweit attraktivsten Logistikstandorte.

3. Wohnungsbaubremsen lösen
Wohnen ist Grundbedürfnis und Ausdruck von Persönlichkeit. Der Anspruch verändert sich mit jeder neuen Lebensphase. Er darf finanziell nicht so belasten, dass alle anderen Bedürfnisse zurückstehen müssen.

Wohnen wird immer teurer. Bau- und Baunebenkosten steigen und die Mietpreisbremse versagt. Die Landesregierung setzt die falschen Prioritäten. Sie begrenzt die Ausweisung neuer Flächen und hat dafür gesorgt, dass Grundsteuer und Grunderwerbssteuer deutlich gestiegen sind. Damit verschärft sie den Wohnungsmangel und Preissteigerungen.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir wollen die Grunderwerbssteuer deutlich absenken, eine Grundsteuerbremse umsetzen und fordern darüber hinaus einen einmaligen Steuerfreibetrag über 500 000 Euro für jeden bei der ersten selbst erworbenen Immobilie.

Außerdem wollen wir die Genehmigungszeiten verkürzen und digitale Planung vorantreiben. Damit zeigen wir die Alternative zur Mietpreisbremse auf: Erst die Reduzierung von Entstehungskosten, Steuern und Abgaben und die Beschleunigung von Prozessen schaffen schnell bezahlbaren Wohnraum.

Um die Besonderheiten Hessens zu unterstreichen, wollen wir die regionale Baukultur durch Preiswettbewerbe fördern und innovative architektonische Konzepte unterstützen.

4. Den ländlichen Raum stärken

Der ländliche Raum und die Ballungsräume in Hessen sind gleichwertig. Die Menschen müssen frei entscheiden können, wo sie leben und arbeiten. Die Lebensräume in Hessen sind so gestaltet, dass keiner gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen.

Die Vernachlässigung des ländlichen Raums in Hessen und die demographische Entwicklung haben eine Landflucht ausgelöst und überfordern zunehmend die Ballungsräume. Angebotene Lösungsansätze basieren in Hessen nur auf Ehrenamt und Bürgerengagement. Diese sind wichtig, aber keine zeitgemäße und ausreichende Antwort auf die Probleme im ländlichen Raum. Unsere zentralen Forderungen:

Die Freien Demokraten beenden die digitale Spaltung zwischen ländlichem Raum und Ballungsraum und forcieren den Breitbandausbau, inklusive des letzten Meters in Glasfaser. Wir bringen neue Bildungsangebote in den ländlichen Raum: Durch ein gestärktes duales Studium finden die Arbeitgeber wieder die so notwendigen Fachkräfte. Die Initiierung und Stärkung der neuen gesundheitlichen Versorgungszentren verbessern die medizinische Betreuung und Pflege.

Modern leben in Hessen.

2030 nutzen wir selbstverständlich ein Bürgerportal für alle wichtigen Verwaltungsfragen und sparen uns die Zeit für Behördengänge. Behörden verstehen sich nun als Dienstleister, die uns Bürgerinnen und Bürger vor unnötiger Bürokratie schützen. Auch um Bürger stärker an Politik zu beteiligen, werden die Möglichkeiten der Digitalisierung ausgeschöpft.

Mit diesen Initiativen erreichen wir die nächste Stufe Hessen:

1. Verwaltung digitalisieren

Eine digitale öffentliche Verwaltung muss von den Bedürfnissen der Bürger her neu gedacht werden. Daher nimmt ein moderner Staat seine Aufgaben so wahr, dass die Menschen selbst möglichst wenig Zeit in Behördengänge investieren müssen.

Ein überbürokratisierter Staat ist für die Menschen ein Zeitfresser, dem sie sich nicht entziehen können. Das zu ändern bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten – wenn man bereit ist, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Die Bürokratie in Hessen kostet uns Bürger Zeit, Nerven und Steuermittel, die an anderen Stellen besser eingesetzt werden könnten.

Eine gewerbliche Gründung in Hessen dauert mehrere Monate. Elf behördliche Anmeldeprozeduren sind dabei zu durchlaufen. Das Warten auf dem Amt ist derweil sogar schon zu einem Geschäftsmodell geworden, Menschen verkaufen ihre Wartemarken. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen reicht in Zukunft eine einfache Online-Anmeldung für Gewerbe.

Die hessischen Kommunen werden derzeit mit der Bewältigung der Digitalisierung vom Land allein gelassen. Das ist besonders tragisch, da diese erste Ansprechpartner für die Bürger sind.

Unsere zentralen Forderungen:

Hessen wird mit uns zum Modellland für eine bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die auch im internationalen Vergleich zu einem positiven Standortfaktor wird. Unser konkretes Ziel ist es, dass jede Bürgerin und jeder Bürger zu jeder Zeit und von jedem Ort über ein zentrales Bürgerportal mit maximal drei Klicks die gewünschte Dienstleistung der öffentlichen Verwaltung online beantragen kann. Dafür wollen wir in Hessen ein umfassendes E-Government-Gesetz schaffen.

Damit diese Ziele auch mit Nachdruck verfolgt werden, fordern wir ein Digitalministerium, in dem alle notwendigen Kompetenzen gebündelt werden.

2. Demokratie lebhafter gestalten

Demokratie braucht regelmäßigen Wechsel, dauerhaften Dialog und einen Wettbewerb der Ideen. Deshalb müssen bestehende verkrustete Strukturen aufgebrochen werden, um uns Bürgerinnen und Bürger mit der Politik auf Augenhöhe zu bringen.

Die Landesregierung verweigert sich offener Kommunikation und einer transparenteren Entscheidungsfindung durch das Parlament.

Die Regierung hat sich unter dem seit acht Jahren regierenden Ministerpräsidenten darauf geeinigt, dass eine lautlose Zusammenarbeit als Anspruch ausreichend ist. Ein Erneuerungswille ist nicht zu erkennen.

Digitale Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung werden nicht genutzt. Ebenso wird nicht für eine stärkere Transparenz der Parlamentsarbeit gesorgt. Die Live-Übertragungen der Plenardebatten wurden sogar eingestellt.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir setzen uns dafür ein, dass in Zukunft Themen von außerhalb des Landtags über ein Online-Beteiligungsverfahren eingebracht werden können und das Parlament sich mit diesen in öffentlicher Sitzung beschäftigen muss. Wir wollen einen digitalen Landtag mit Livestream und Mediathek.

Wir setzen auch jenseits der digitalen Entwicklung auf den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik. Daher fordern wir eine Absenkung der Eingangshürden für direktde-

mokratische Instrumente wie Volksbegehren und Volksinitiative. Um in Zukunft politischen Verkrustungen und amtsmüden Landesregierungen vorzubeugen, setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass ein Ministerpräsident nur einmal wiedergewählt werden kann.

3. Das Ehrenamt stärken

Das Ehrenamt ist der Kern unserer Bürgergesellschaft. Deshalb wollen wir die bürokratischen Fesseln für Vereine und Initiativen lösen und Rechtsunsicherheiten vermeiden.

Es gibt keinen einfacheren Weg, Teil einer Gemeinschaft zu sein, als in einem Verein aktiv mitzuarbeiten. Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen, wird derzeit allerdings ihre Arbeit durch Bürokratie, Vorschriften, Verwaltung und fehlende Anerkennung verleidet. Der Umgang mit neuen Regeln wie etwa der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hält ehrenamtlich Engagierte davon ab, sich um ihr eigentliches Anliegen zu kümmern, sorgt für Frustration und zusätzliche vermeidbare Kosten für Vereine. Im schlimmsten Fall fühlen sich Menschen, die sich in ihrer Freizeit für die Gemeinschaft einsetzen, sogar durch Strafen bedroht.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir wollen ehrenamtlich Tätigen Rechtssicherheit geben, um sie vor Abmahnungen und anderen Bedrohungen durch Dritte zu bewahren. Dafür muss die Zivilprozessordnung geändert werden, wofür wir uns über den Bundesrat einsetzen wollen.

Auch darüber hinaus setzen wir uns für eine Entbürokratisierung für Vereine und Initiativen ein. In diesem Sinne machen wir uns dafür stark, den Weg über steuerfreie Pauschalen und weniger Bürokratie für die Vereine konsequent weiterzugehen.

Wir wollen insbesondere den zeitlichen Konflikt zwischen Ganztagsangebot bzw. Nachmittagsbetreuung im Rahmen des „Pakts für den Nachmittag“ und den Angeboten der Sportvereine durch verstärkte Förderung von Kooperationen lösen.

Wir werden auch künftig Förderprogramme bereitstellen, um die vorhandenen Vereinsinfrastrukturen zu unterstützen.

**Frei und sicher
leben in Hessen.**

2030 ist unser Hessen ein sicheres Bundesland: Ein starker, wehrhafter Rechtsstaat sorgt hierfür. Er achtet dabei auf die Balance von Sicherheit und Freiheit.

Mit diesen Initiativen erreichen wir die nächste Stufe Hessen:

1. Für einen starken Rechtsstaat

Die Basis einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist ein funktionierender Rechtsstaat. Dieser sorgt nicht nur gegen-

über Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen für die Durchsetzung der geltenden Regeln, sondern stellt auch sicher, dass seine eigenen Organe diese Regeln einhalten. Das ist nur mit größtmöglicher Transparenz und hoher Professionalität möglich.

Die hessische Justiz verfügt derzeit nicht über die notwendigen Mittel, um in jedem Fall gewährleisten zu können, dass die Entscheidungen in einer vertretbaren Zeitspanne getroffen werden können. Vor allem auf die große Zahl der Asyl- und Sozialrechts-Verfahren hat die Landesregierung nicht in ausreichendem Maße reagiert.

Lange Verfahrensdauern belasten die Opfer von Straftaten. Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden noch nicht ausreichend genutzt.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir werden die Justiz personell und mit Sachmitteln besser ausstatten und damit die Verfahrensdauer senken und die Qualität der Prozessführung erhöhen. Von besonderer Bedeutung sind die Investitionen in die technische Infrastruktur der Justiz unter Nutzung der Chancen der Digitalisierung (E-Justice).

Richterinnen und Richter werden in ihrer Unabhängigkeit gestärkt. Besetzungslücken (etwa aufgrund von Elternzeit) wollen wir weiter minimieren. Darüber hinaus werden wir systematisch prüfen, wo ggf. weitere Spezialzuständigkeiten geschaffen werden können, durch die auch in komplexen Themenfeldern Augenhöhe mit hochspezialisierten Anwaltskanzleien hergestellt wird.

Wir wollen weg von der Täterzentrierung und stattdessen die Opfer stärker in den Fokus rücken. Daher fordern wir eine hessische Opferschutzstiftung, die Hilfsangebote für Opfer und ihre Angehörigen fördert und ausbaut. Überdies setzen wir uns für eine Stärkung der Auskunftsrechte der Opfer ein. So erhalten Opfer in Zukunft das Recht, über Freigänge oder die Entlassung von Tätern informiert zu werden, um diesen nicht unvorbereitet zu begegnen.

2. Das Recht durchsetzen

Wenn Gesetze nicht immer und überall durchgesetzt werden, können ungesunde Sogwirkungen entstehen. Rechtsfreie Räume und No-go-Areas wären die Folge – und würden zu Freiheitseinschränkungen für Bürgerinnen und Bürger führen.

So wie die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen muss, muss auch die Landesregierung in Hessen alles in ihrer Macht Stehende tun, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Nicht nur in Hessen haben viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass seit dem Sommer 2015 gerade im Geltungsbereich der Asylgesetze die Durchsetzung des Rechtes in Teilen außer Kraft gesetzt wurde. Das führt allerdings im Ergebnis dazu, dass sich Misstrauen ausbreitet und sogar die Verbreitung von Verschwörungstheorien zunimmt. Mit dieser Haltung bringt man die Weltoffenheit Hessens in Gefahr.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir fordern mit Nachdruck die (Nach-)Registrierung aller Asylbewerber und Asylberechtigten sowie von anerkannten Kriegsflüchtlingen mit Fingerabdruck sowie den Abgleich mit der bundesweiten Kerndatenbank, um Mehrfachidentitäten auszuschließen.

Darüber hinaus muss in Zukunft gelten: kein Asylverfahren ohne Identitätsfeststellung. Wer seine Identität zu verschleiern sucht oder gegen die Mitwirkungspflicht bei der Passersatzbeschaffung verstößt, um die Chancen auf Anerkennung zu verbessern oder eine Abschiebung zu erschweren, wird konsequent sanktioniert (z. B. durch Leistungskürzung bei den Sozialämtern).

Asyl-Entscheidungen setzen wir konsequent um: Wer kein Asylrecht oder Flüchtlingsschutz in Hessen erhält, wird schnellstmöglich in das Herkunftsland zurückgeführt.

3. Die Polizei modern aufstellen

Die Polizei muss so aufgestellt sein, dass sie ihren Aufgaben auch in Zeiten des digitalen Wandels, globaler Bedrohungsszenarien und den damit einhergehenden Herausforderungen nachkommen kann.

Die Polizei in Hessen leidet unter Personalmangel. Darüber hinaus ersticken Polizistinnen und Polizisten in vermeidbarer Bürokratie, anstatt sich um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern zu können: dem Schutz vor und der Aufklärung von Verbrechen. Der technologische Fortschritt macht auch vor der Kriminalität nicht halt und stellt die Polizei vor neue Herausforderungen, denen sie nur mit entsprechender Befähigung und moderner Ausstattung begegnen kann.

Unsere zentralen Forderungen:

Mit uns bleibt die personelle Stärkung kein leeres Versprechen: 1 500 neue Polizisten bis 2022 sind unsere Forderung. Dazu kommt die Entlastung der Polizisten von Verwaltungstätigkeiten. Zusammen sorgen diese Maßnahmen für eine deutlich verstärkte Präsenz unserer Polizistinnen und Polizisten auf den Straßen Hessens. Dort gehören sie hin und nicht an die Schreibtische der Amtsstuben.

Wir fordern außerdem die Ausstattung aller Streifenwagen mit Smartphones und Tablets sowie entsprechender polizeispezifischer Software, um die Effizienz von Streifenfahrten deutlich zu erhöhen. Der Einsatz von sogenannten „Tasern“ als milderes Mittel gegenüber dem Schusswaffengebrauch soll auch im allgemeinen Streifendienst getestet werden. Dazu benötigen wir die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Überwachung von identifizierten Gefährdern mittels der elektronischen Fußfessel durch richterliche Anordnung.

Insgesamt wollen wir die Forschungstätigkeit rund um moderne Polizeiarbeit in Hessen verstärken.

Die besten Straftaten sind allerdings immer noch diejenigen, die gar nicht erst begangen werden. Daher setzen wir uns für eine Stärkung der Deradikalisierungs- und Präventionsprogramme des Landes mit dem Ziel der Bekämpfung aller Formen des Extremismus ein.

4. Eine effiziente Sicherheitsarchitektur schaffen

Unsere Sicherheitsarchitektur passen wir an die neuen, sich wandelnden Herausforderungen an. Unsere Ansprüche: Effizienz, Transparenz und Kontrolle

Hessen teilt mit den anderen Bundesländern und dem Bund gerade in Zeiten des internationalen Terrorismus gemeinsame Sicherheitsinteressen. Diesen wird die derzeitige Praxis im Bereich der Koordinierung und des Informationsaustauschs mit den Sicherheitsbehörden anderer Länder und des Bundes allerdings nicht gerecht. Dies gilt ebenso für die parlamentarische Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz. Hessen hinkt auch hier wieder weit hinter anderen Bundesländern her.

Unsere zentralen Forderungen:

Wir fordern eine Initiative für die Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zwischen Bund und Ländern. Dazu gehören insbesondere eine deutlich bessere Koordinierung und ein besserer Informationsaustausch, einheitliche Standards und klare Zuständigkeitsregelungen beim Verfassungsschutz von Bund und Ländern sowie dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern.

Im Rahmen eines modernen Verfassungsschutzgesetzes wollen wir die parlamentarische Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz verbessern und eine „Whistleblower-Regelung“ schaffen, die es Mitarbeitern des Verfassungsschutzes ermöglicht, sich in dienstlichen Angelegenheiten direkt an die parlamentarische Kontrollkommission zu wenden.

KONTAKT

FDP Hessen
Adolfsallee 11
65185 Wiesbaden

T: 0611 999060
F: 0611 9990635
hessen@fdp.de
fdp-hessen.de